

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(33. - öffentliche - Sitzung am 12. Juni 2024)

#### Tagesordnung:

1. **Gespräche mit den Präsidentinnen und Präsidenten der niedersächsischen Obergerichte**

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit der Präsidentin des Landessozialgerichtes.

Anlässlich des Gespräches bittet der Ausschuss die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über den Stand von Überlegungen zu unterrichten, Standards für die Übermittlung elektronischer Akten zwischen Behörden und Sozialgerichten festzulegen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Europabezuges in der Landesverfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

[Drs. 19/4264](#)

Der Ausschuss erörtert Verfahrensfragen. Er ersucht den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Gesichtspunkten des Gesetzentwurfes Stellung zu nehmen. Ferner bittet der Ausschuss die Landesregierung um Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege**  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1580](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3990](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch.

Er schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Kultusausschusses an, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Fassung der Vorlage 23 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

Der Ausschuss schließt sich ferner der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

#### 4. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:**

**Wahlprüfungsverfahren** (Art. 11 Abs. 4 NV, § 8 Nr. 1 StGHG)

1. des **Dr. M. G.**, Weyhe-Leeste

2. des **A. G.**, Asendorf

**- Beschwerdeführer -**

gegen die Entscheidung des Niedersächsischen Landtags vom 14. September 2023, mit der ihr Wahleinspruch gegen die Gültigkeit der Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 9. Oktober 2022 (19. Wahlperiode) als unbegründet zurückgewiesen worden ist

**- StGH 10/23 -**

Der Ausschuss erörtert Verfahrensfragen.

5. **Arbeitsstättenverordnung in den niedersächsischen Strafvollzugsanstalten umsetzen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/1593](#)

Der Ausschuss berät über den Antrag. Er folgt dem Votum seines Unterausschusses „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Moriße.

6. **Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrages**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4056](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* CDU

*Abwesend:* AfD

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung und des Niedersächsischen Gesetzes zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3975](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch. Er schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 23 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* AfD